

Die Rolle des Staates

im modernen Kapitalismus

Im letzten Beitrag aufgeworfene Fragen der imperialistischen Staat und Wirtschaft planen? haben wir noch nicht beantwortet. Bisher hatten wir nur erkannt, daß sich aus der hohen Vergesellschaftung der Produktion und des Kapitals, aus durch den Prozeß der Konzentration Zentralisation vor allem durch die kapitalistische Konkurrenz entsteht. Möglichkeiten der Planung ergeben sich, die über Grenzen der einzelnen Großbetriebe hinausreichen.

Wir wissen, daß die monopolielle Konkurrenz – sie reicht von kleinen Abstandnahmen bis zur totalen Anwendung von Dynamik in den Konkurrenten¹ – letzten Endes imperialistischen Krieg führt, wenn Gesetz der ungleichmäßigen ökonomischen und politischen Entwicklung die Widersprüche zwischen den internationalen und imperialistischen Staaten zugespielt hat, daß sie nur noch mit Gewalt gelöst werden können. Die Verteilung und Durchführung der Weltkriebe mit ihren Materialschlachten im Interesse der Monopole verlangt, daß die gesamte Volkswirtschaft diesen Zielen unterordnet, geplant wird. Die wirtschaftliche und politische Planung nicht nur strategische zur Vorbereitung und Führung des Krieges, wird somit notwendig.

Zuletzt zwingt die weltweite Ausbreitung zwischen dem sozialistischen Lager und dem territorial und politisch unregierten aber ökonomisch nicht so starken kapitalistischen System im Zeitalter technisch-wissenschaftlichen Realsocialismus das internationale Monopolkapital nicht nur in der Theorie „Ade“ zu

die Beherrschung der Staatswirtschaft mit ihrem beträchtlichen Grundkapital durch die Handhabung der Geldpolitik über das Zentralbankensystem die Umverteilung von fast einem Drittel des Volkseinkommens über den Staat und den wachsenden Staatsverdienst durch die gesamte wirtschaftliche, soziale und kulturelle Gesetzgebung, mit der auch die Klassenbeziehungen bestimmt werden, versuchen die mächtigsten Monopole allgemein oder gezielt mit Hilfe des Staates in den gesellschaftlichen Realsocialismus einzugreifen. Ihm in Profitinteresse zu lenken und die Wirtschaft zu planen.

Profitstreben zwingt zur Planung

Vor einigen Jahren noch unter dem Motto „Wirtschaftsplanning ja oder nein?“ – Diskussionen hat eine andere Überzeugung. Selbst Erhard und andere Vertreter des Neoliberalismus in Westdeutschland sagen liegen nicht mehr „Nein“, sondern nur noch so zögerlich, wie sie ihre marktwirtschaftliche Propaganda mit dem Sozialstaat – die Wirtschaftswissenschaften und den Sozialismus – verbinden. Sozialstaat und Markt sind zusammengeblieben.

Es handelt sich bei der kapitalistischen Planung keineswegs um eine umfassende Planung, etwa mit dem Ziel, wie wir es im Sozialismus auf der Grundlage des sozialistischen Eigentums anstreben. Der Plan im Imperialismus ist gewissermaßen nur ein technischer Rahmen, in dem sich die Investoren (der imperialistische Staat und die Unternehmer, H. W.) in ihrem Interesse am besten bewegen.² Ihr Interesse ist nach wie vor ein Maximum an Profit, dazu brauchen sie die Planung – oder mit dem bürgerlichen Pseudonym ausgedrückt, welches die Apologeten des Kapitalismus zur Kennzeichnung ihrer Planungsversuche immer häufiger benutzen – die Globalsteuerung.

So wurden besonders nach dem zweiten Weltkrieg in allen imperialistischen Staaten mehr oder minder stark wirtschaftliche Prognosen angestellt. Programme entwickelt, Pläne aufgestellt. Spezielle Abteilungen im Staatsapparat, die sich mit Planungsfragen befassen, wurden aufgebaut.

Weit sind auf diesem Gebiete die französischen Monopolen vorgestossen. Deshalb wird das französische System der „planification“ in der Theorie und Praxis durch das internationale Monopolkapital diskutiert, analysiert und kopiert. So besteht z. B. in Frankreich ein Generalkommissariat für Planung, unter dessen Leitung die Planung der französischen Wirtschaft vorgenommen wird. Es arbeitet die Pläne zur Modernisierung und Ausrüstung und in neuester Zeit die Pläne der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung aus und legt die Grundlinien der Wirtschaftspolitik fest.³

Für mehrere Jahre werden Wirtschaftspläne aufgestellt, die dem imperialistischen Staat Orientierung darüber geben, wie er seine ökonomischen und politischen Mittel

Kann der imperialistische Staat die Wirtschaft planen?

Entsprechend der konjunkturellen Situation handhaben null. Gemeinsam mit den großen Monopolen werden diese Pläne für die Industriezweige ausgearbeitet und mit den Ministerien und den Querschnittsbürokratien des Staatsapparates, die sich mit Wirtschaftsfragen befassen, abgestimmt. Im Mittelpunkt der Planung und Abstimmung steht die straffe Lenkung der Investitionen, die ein solches Wachstum sichern sollen, daß große Profite garantiert werden und gleichzeitig die gesamte Entwicklung den politischen Interessen der französischen Monopolgruppen entspricht. So sind im jetzt gültigen Fünfjahrsplan Frankreichs folgende Eckzahlen vorgegeben: Steigerung des Sozialprodukts um 4,9 Prozent, Steigerung des privaten Verbrauchs um 4,2 Prozent, Steigerung der Arbeitseinkommen um 2,8 bis 3,2 Prozent und der Abbau anderer sozialer Bedingungen (40-Stundenwochen, Rentenalter usw.) und Steigerung der Profite zur Selbstfinanzierung von früher 64 auf 70 Prozent.

„Ökonomische Hebel“ für die Monopole

Da die privaten Monopole im Friedenszeiten nicht direkt gezwungen werden können, entsprechend dem ausgearbeiteten Plan, ihre Unternehmenspolitik durchzuführen, werden sie durch „ökonomische Hebel“, wie besondere Steuervergünstigungen, Subventionen, Prämien, mietfreie Nutzung vom Staat gebauter Fabriksgelände u. a. veranlaßt, sich „plankenform“ zu verhalten.

Auch die japanischen Monopolen haben einen Fünfjahrsplan entwickelt. Ähnliche, jedoch noch nicht so weit entwickelte Planungsversuche und Planungsinstitutionen gibt es in Großbritannien, in den Niederlanden, in Schweden und Norwegen. Selbst in den USA, wo wir noch kein Planungsbüro finden, müssen die Wirtschaftsberater des Präsidenten diesem jährlich einen vorausschauenden Wirtschaftsbericht ausarbeiten, in dem Empfehlungen für die Wirtschaftspolitik gegeben werden, um so die vorzunehmenden Entwicklungen im Interesse des Monopolkapitals zu beeinflussen. Nicht mehr nur ex post wird der Wirtschaftsverlauf analysiert, sondern auch ex ante.

Prognosen, Programme und Pläne werden also aufgestellt. Die „freie Wirtschaft“ ist gezwungen, selbst in der Theorie bei den Sozialisten zu stehen. So frei sind sie noch. Auch die Bonner Machthaber nehmen verschämt solche Anhänger auf. Hofften sie noch vor Jahren als zweitstärkste ökonomische Macht im kapitalistischen Lager mit der Durchsetzung ihrer neoliberalen Theorie ohne Planung innerhalb der EWG besser im trüben Fischer zu können, so hat sich das geändert. Seit 1963 wird ein jährlicher Wirtschaftsbericht vorgelegt, in dem eine Einschätzung der voraussichtlichen Entwicklung gegeben und festgelegt wird, mit welchen ökonomischen, politischen und propagandistischen Mitteln den wahrscheinlichen Schwierigkeiten begegnet werden soll. Auch der Bundeshaushalt soll nunmehr für eine Zeitspanne von vier Jahren geplant werden. Damit werden die geplanten Ausgaben und Einnahmen des Staates sicherer. Planläden für die Monopole als bisher. Das Gutachtergremium für diese langjährige Vorausschau wurde gegründet. Die zehn westdeutschen Ministerien, die sich mit wirtschaftlichen Fragen beschäftigen und das Wirtschaftskabinett zu dem diese zehn Minister und der Präsident der Bundesbank gehören, wollen so die gesamte Wirtschaft, die gesamte Entwicklung „global“ steuern.

Dabei sind ihnen sogar die noch vorhandenen bürgerlichen Freiheiten, wie sie im Grundgesetz fixiert sind, im Wege. So finden wir auch in Westdeutschland wie in anderen imperialistischen Staaten, als einen Grund für den Trend zum Abbau des Parlamentarismus, neben dem wichtigsten Grund der besonderen Aggressivität des westdeutschen Imperialismus, die Entwicklung der kapitalistischen Planung. Das Notstandsgesetz wird für den westdeutschen Staat und die mächtigsten Monopole auch notwendig, um ihre Profite plausibel durch die erhöhte Ausbeutung der Werktagen einstreichen zu können.

Die Widersprüche wachsen

Werden durch die kapitalistische Planung die zyklischen Krisen beseitigt? Aus

unseren Überlegungen geht schon hervor, daß der Grundwiderspruch des Kapitalismus als Hauptursache keineswegs beseitigt wird. Im Gegenteil, er wird ständig verschärft. Der antagonistische Widerspruch zwischen der Klasse der Kapitalisten und der Arbeiterklasse wird desgleichen verschärft. Es ergeben sich aber Änderungen in der Art, daß innerhalb der Kapitalisteklasse sich neue Widersprüche entwickeln: Widersprüche zwischen den machtvollsten, aggressivsten Monopolen und schwächeren Monopolen, zwischen Monopolen und nichtmonopolistischen Kapitalisten. Widersprüche, die von der Vorhut der Arbeiterklasse genau analysiert werden müssen, um die richtige Strategie und Taktik zum Zurückdrängen und zur schließlichen Überwindung der Macht der Monopole festlegen zu können. Auch die Widersprüche zwischen den imperialistischen Ländern werden durch die Planungen der imperialistischen Staaten oder Wirtschaftsgemeinschaften nicht gelindert, sondern verstärkt. Aber durch die Eingriffe des Staates in die Wirtschaft werden eine Reihe von Widersprüchen, die sich aus dem Grundwiderspruch des Kapitalismus ergeben, wesentlich beeinflußt. So der Widerspruch zwischen Produktion und Markt, der Widerspruch zwischen den Abteilungen der gesellschaftlichen Produktion, und auch der Widerspruch zwischen der Organisation und der Anstrengung im Kapitalismus. Doch nach wie vor stimmt die Feststellung im Programm der SED, daß entgegen allen Voraussetzungen der Monopolen das ökonomische Gesetz der Krise wirkt. Und richtig hat die Arbeiterpartei im Programm darauf orientiert, daß dieses Gesetz im engen Zusammenhang mit dem Kriege und der Kriegsvorbereitung geschossen werden muß und sich dadurch die Form des Zyklus geändert hat.⁴

Diese Fragen der Veränderung des Kriszyklus bedürfen einer genaueren Darstellung in einem nächsten Beitrag, in dem auch die Lage der Arbeiterklasse unter den Bedingungen des staatsmonopolistischen Kapitalismus untersucht werden soll.

Eine nüchterne Betrachtung der Entwicklung des staatsmonopolistischen Kapitalismus hat uns bereits jetzt erkennen lassen, daß:

1) die Möglichkeiten der Planung, die aus der hohen Vergesellschaftung der Produktion im staatsmonopolistischen Kapitalismus entspringen, von den Monopolen genutzt werden. In allen imperialistischen Ländern finden wir mehr oder minder stark entwickelte Planungsversuche und ein Planungsinstrumentarium;

2) durch die Planung der Grundwiderspruch des Kapitalismus nicht beseitigt, sondern verschärft wird, aber bestimmte Widersprüche, die sich aus dem Grundwiderspruch ableiten, modifiziert werden, ihre Erscheinungsform ändern;

3) die Planung der Wirtschaft im Interesse der Monopole und nicht der Werktagen durchgeführt wird: Planmäßig werden hohe Profite aus den Arbeiter- und den anderen Werktagen herausgezogen. Daraus ergibt sich, daß die Lage der Werktagen Klassen und Schichten im staatsmonopolistischen Kapitalismus sich nicht verbessert. Das allgemeine absolute Gesetz der kapitalistischen Akkumulation hat nach wie vor volle Gültigkeit. Dieser Komplex der Theorie müssen wir, da mancherlei Verwirrungen durch das nicht gründliche Studium der Probleme des staatsmonopolistischen Kapitalismus und vereinfachte Darstellungen entstanden sind, doch genauer untersuchen.

¹ W. I. Lenin, Der Imperialismus... in Werke, Bd. 22, S. 212.

² Die unterschiedlichen unvereinbaren Auffassungen zwischen den Monopolen nutzte das internationale Monopolkartell in der Nachkriegsperiode und besonders Schacht, Adenauer u. a. zu Antifaschisten, Krupp und Thyssen und anderen Vertretern des Monopolkartells zu Verbilligen, die aus Befreiungskampf heraus hielten. Sie blieben letztlich nur eine schwache an der ungünstig ausgerichteten Planung des Monopolprofits. Hitler, der Anführer und Gefreite, und der ist Gott sei Dank!

³ E. Rein, Möglichkeiten und Probleme des staatlichen Investitionsplans in der Machtwirtschaft, dargestellt am Beispiel Frankreichs, Köln-Opladen 1960, S. 11.

⁴ Siehe hierzu: Imperialismus heute, Autorenkollektiv, Berlin 1960, S. 31.

⁵ Siehe hierzu: Programm der SED, Dietz Verlag 1963, S. 230 ff.

Von
Dr. Hans Wilde,
Institut
für Politische
Ökonomie

Werdet durch die kapitalistische Planung die zyklischen Krisen beseitigt? Aus